

# Menschen unter Strom

Richtungsweisend fürs Münsterland? Bürgerinitiative und Netzbetreiber einigen sich ohne Gerichtsverfahren



Zufrieden ob der erfolgreichen Mediation: Ulrich Kleinert (l.) und Rolf Heeger.

Foto: dpa



Von Julia Gottschick

**MÜNSTER/HAGEN.** Es ist dieses Moment, nachts um halb zwölf, als sich eine fast einstimmige Mehrheit abzeichnet. „Vorher war es emotional zugegangen, auch aggressiv aufgeheizt“, erinnert sich Ulrich Kleinert an die Bürgerversammlung in der Turnhalle in Garenfeld. Das Meinungsbild ist kristallklar: Die Leute wollen das größere Umspannwerk nicht, wissen aber: Es wird darauf herauslaufen. Das sorgt für Unmut.

Rückblende: Im Mai 2013 werden im Hagener Stadtteil Pläne für den Bau einer zweiten Umspannanlage bekannt. Anwohner organisieren Widerstand in der Bürgerinitiative „Menschen unter Strom“. „Die Situation ist angespannt“, blickt Kleinert, früher Richter am Landgericht Münster, zurück. Um ein Gerichtsverfahren zu vermeiden, empfiehlt die Anwaltskammer auf Initiative des Hagener Umweltausschusses Rolf Heeger als Mediator. Der Rechtsanwalt mit Kanzlei in Münster-Hiltrup ist seit 28 Jahren Experte in

Sachen Baurecht. Er zieht Ulrich Kleinert hinzu.

In 17 Sitzungen holen beide von April bis November 2014 Bürgerinitiative und Übertragungsnetzbetreiber Amprion an einen Tisch. Verhandelt werden Standort und Ausmaß einer zweiten Umspannanlage, die das Netz des örtlichen Stromversorgers Enervie mit den neuen 380-Kilovolt-Leitungen von Amprion verbinden soll. Als erstes, sagt Kleinert, warb man um gegenseitiges Verständnis. Bei den Anwohnern, „klar, da ging es um persönliche Betroffenheit, ihr Eigentum und den

Wertverlust ihrer Häuser.“ Für Amprion stand der lückenlose Stromtransport von Nord nach Süd auf dem Spiel. „Das zügig voranzutreiben, macht die Politik viel Druck“, weiß Heeger. Böser Konzern, gute BI – so lief es nicht ab. Amprion zeigte sich bereit, das Werk auch an anderer Stelle zu realisieren, wo weniger Menschen betroffen sind. „14 Planungsstandorte haben wir geprüft“, pocht Kleinert auf die dicke Akte vor ihm auf dem Tisch. Hinzugezogen wurden ein Umweltbüro, Politik und Stadtverwaltung, Grundstückseigentümer an Alter-

nativstandorten und: jene „200 Garenfelder, die zur Bürgerversammlung in die Turnhalle kamen.“ Zu diesem Zeitpunkt sind erste Lösungsansätze so gut wie fertig – doch die Menschen alles andere als begeistert. Was sie am Ende, nachts um halb zwölf, überzeugt, ist das Fehlen einer Alternative.

So sieht der dieser Tage von beiden Parteien unterzeichnete Mediationsvertrag tatsächlich ein neues Umspannwerk vor – allerdings weiter weg vom Ort und

nicht in zuvor gedachtem Ausmaß. „Statt wie ursprünglich 22,5 Meter wird die Anlage nur 14,5 Meter hoch und hinter einem Wäldchen und Streuobstwiesen verborgen“, erläutert Rolf Heeger. Sie ist weniger einsichtig als das jetzige Umspannwerk, das so lange bestehen bleibt, bis ein zweiter Verknüpfungspunkt an die Amprionleitung realisiert ist. Danach werden Teile davon zurückgebaut. „Diese Möglichkeit hat sich im Laufe des Dialogs ergeben“.

Die Mediation als „Änderung in der Streitkultur von Konzernen mit einer Vielzahl betroffener Bürger“: Kleinert und Heeger sehen sie als richtungsweisend für künftige Konflikte. Im Westmünsterland etwa, wo die Bürgerinitiative Isselburg 21 darum kämpft, eine für die Stadt „erträglichere Trassenführung zu erreichen“.

## Die Nord-Süd-Trasse im Westmünsterland

Um den bundesweiten Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 auszugleichen, soll Strom aus Wind von der Küste in südliche Ballungsräume transportiert werden. Dies geschieht über vier Höchstspannungsleitungen, die von den Konzernen Tennet, Amprion, 50Hertz und TransnetBW

betrieben werden. Die westlichste der vier Trassen läuft auf 130 Kilometern durchs Münsterland. Das Teilstück von Meppen nach Wesel ist über rund 90 Kilometer via Freileitung und der Rest als Erdkabel geplant. So auch in Raesfeld, wo Amprion die bundesweit erste 380 kV-Leitung im Erdreich und

nicht in Tunneln verlegt. Insgesamt gab es in Deutschland rund 1500 Einwendungen gegen die geplanten Trassenführungen – laut der Bürgerinitiative Isselburg 21 rund 1300 allein aus dem Gebiet der Stadt Isselburg, wo die geplante Trasse die Stadtteile Anholt und Isselburg zerschneidet.